

Wohin geht die Linksjugend?

von Luca Annecke, aus der REVOLUTION Zeitung Mai 2026, 7 Minuten Lesedauer

Die Linksjugend kommt einfach nicht zur Ruhe – und das ist gut so! Nach den Eintrittswellen Anfang 2025, nach dem Höhepunkt der jüngsten Dynamik rund um die Linkspartei, kommt die [’solid] auch 2026 glücklicherweise nicht drum herum, wichtige Fragen der Mutterpartei intern wie extern auszufeuchten. Manch ein Mitglied würde sagen, dass das alles „Nonsens“ sei und die Linksjugend immer ein Ort linker Opposition, in Partei und darüber hinaus, gewesen sei. Dieser Wunschgedanke fällt aber mit den Diskussionen, Kampagnen und Aktionen, die die Linksjugend seit Jahren (nicht) führt.

Kaum ein:e Genoss:in der [’solid] wird ernsthaft behaupten können, dass die Linksjugend ihre erheblichen Mittel erfolgreich zur Begründung einer Bewegung, zur Organisierung von Gegenmachtstrukturen oder überhaupt für nationale Kampagnen eingesetzt hat. Und das ist ein Problem! Gleichzeitig würde man jenen Genoss:innen, die sich seit Jahren für Veränderungen einsetzen, großes Unrecht tun, wenn man ihren Kampf nicht anerkennt. Der wichtige Beschluss „Nie wieder zu einem Völkermord schweigen!“, die zunehmende Beteiligung an den so bedeutenden Schulstreiks gegen die Wehrpflicht oder die offene Opposition zur Regierungsbeteiligung in Berlin sind in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen. Brechen sie doch mit einigen der grundlegenden Prinzipien der Organisationsstruktur der Linksjugend und ihrer Politik. Doch darf sie bei diesen Ansätzen nicht stehenbleiben. Wo sich ein bedeutender Teil der Mitgliedschaft offenkundig nach links bewegt, Unzufriedenheit und Diskurswille überwiegen, müssen wir auf diese Genoss:innen zugehen, diskutieren und gemeinsam den Kampf von links aufnehmen.

Doch was sind die Punkte, an denen wir

gemeinsam Arbeiten sollten?

a) Palästina - Wir kämpfen weiter!

Nicht wenige Stimmen, gerade in der Linkspartei, tun das Kampffeld für ein freies Palästina zunehmend als einen Nebenschauplatz ab. Als ein Thema, welches die Partei nur „unnötig spalte“ und politisch aufhalte. Jüngst wurden Bestrebungen wie der Antizionismus-Antrag im Landesverband Niedersachsen unter anderem als Aktion von „Sektierer:innen“ abgetan. Doch gerade dieser Antrag, trotz seiner inhaltlichen Schwäche, und die Reaktionen darauf zeugen von der Notwendigkeit und dem Potenzial dieses Kampffeldes, nicht nur wichtige Aufbauarbeit gegen den Genozid in Palästina zu leisten, sondern jene in Partei- und Solidstrukturen herauszufordern, welche lieber die Augen verschließen und klassenfeindliche Politik betreiben. Insbesondere seit ihrem letzten Bundeskongress steht die Linksjugend dazu deutlich links von der Mehrheitslinie der PdL zu Palästina. Die Parteiführung und die Bürokratie antworteten mit Angriffen gegen einzelne Mitglieder und sogar Bundessprecher:innen der Linksjugend. Und anstatt sich mit ihren Genoss:innen zu solidarisieren, schweigt der BSP:R bis heute. Während ein bedeutender Teil der bundesweiten BAG Palästina oder der verschiedenen LAGs der Linkspartei von Linksjugendmitgliedern gestellt wird, verweigert sich die Führung der Solid überhaupt konkreten Maßnahmen für den Aufbau einer palästinasolidarischen Kampagne. Wofür braucht es einen bundesweiten Verband, wenn dieser nicht nur nicht seine Mitglieder verteidigt, sondern obendrein nicht willens, oder in der Lage ist, bundesweite Kampagnen für die praktische Umsetzung seiner Beschlüsse auf die Beine zu stellen? Wenn doch ein so großer Teil der Mitgliedschaft sich für eine Gegnerschaft zu Genozid und Apartheid ausspricht (was ja das Mindeste ist!), dann verlangt das nach akuten Aktionen und Kampagnen. Muss das bedeuten, sich in der Linksjugend, PdL und der Bewegung auf der Straße zu stellen und gemeinsam Widerstand zu organisieren. In Schulen und Gewerkschaften für diese Kämpfe einzutreten und intern Druck zur Frage zu machen, woran die Linke und solid sich eigentlich messen wollen. An der Frage um ein freies Palästina zeigen sich die Widersprüche der Linksjugend wie kaum woanders. Für Linke in der solid gilt es nun, diese Widersprüche

zuzuspitzen! Es gilt offene Solidarität mit der Global Sumud Flotilla zu zeigen und auf Schulstreiks hinzuarbeiten, wenn die Flotilla angegriffen wird! Es gilt, dem Zionismus in allen Formen den Kampf anzusagen und auf ein einheitliches Programm hinzuarbeiten, das unter anderem für einen multiethnischen, binationalen Staat Palästina entsteht.

b) Militarisierung den Krieg erklären!

In einem ist sich die Linksjugend (weitestgehend) einig: In einer fundamentalen Opposition zur Wehrpflicht und den Bestrebungen Deutschlands, die Jugend für die eigenen imperialistischen Interessen in Schützengräben zu stecken. In was sich die Linksjugend aber lange Zeit nicht einig war, ist die Frage um Beteiligung an den existierenden Schulstreik-Gegen-Wehrpflicht-Bündnissen. Das soll gar nicht bedeuten, dass die Linksjugend diese nicht unterstützenswert findet. Im Gegenteil! Aber wegen ihrer losen, nicht einheitlichen und dezentralen Organisationsstruktur fehlen trotzdem an vielen Stellen gemeinsame Aktionen mit dem bestehenden Bündnis. Es ist erschreckend, wie wenig der „größte sozialistische Jugendverband“ davon versteht, sozialistisch zu organisieren und den Aufbau von Gegenmachtstrukturen anzugehen. Die solid wäre aufgrund ihrer Ressourcen gut dafür geeignet, diese Bewegung anzuführen. In den meisten Städten tragt sie aber einfach nur hinterher.

Wir müssen in der solid also nicht darum kämpfen, diese Bewegung zu unterstützen. Was wir brauchen, ist ein Diskurs um die Art der Unterstützung. Der Berliner Landesverband geht, wie recht oft, in dieser Frage voran. Hat er doch beschlossen, dass die Linksjugend tatsächlich aktiv in Schularbeit und dem Bündnis intervenieren möchte. Das ist nicht nur der richtige Weg zur Organisation von Jugendlichen und Schüler:innen, sondern bietet die Möglichkeit zum Aufbau realer Gegenmacht vor Ort. Doch es darf nicht bei Berlin bleiben. Linke in der Linksjugend müssen darauf hinarbeiten, diese Praxis auf die alltägliche Arbeit der [solid] auszudehnen.

Es ist das eine, Mitglieder im Verband zu sammeln. Aber ohne eine geeinte

Praxis geht jede noch so gute Arbeit im Wirrwarr der hochgehaltenen Pluralität zugrunde. Wenn wir die Militarisierung schlagen wollen, dann nur durch den Aufbau realer Widerstandsstrukturen an unseren Schulen, Unis und in den Betrieben und auf Basis eines revolutionären Programms.

c) Regierungsbeteiligung oder: Wie verliere ich Gesicht-Speedrun Any%

Es stehen Landtagswahlen an. Nach den Niederlagen in BaWü oder RLP nun also in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Und zumindest in letzterer hat die Partei Die Linke nicht nur Chancen auf den Einzug in den Landtag, sondern auch darauf, Koalitionskraft einer Regierung zu werden! Das wäre fast ein Grund zur Freude, wenn sich die Parteispitze nicht schon im Vorhinein den bürgerlichen Kräften unterworfen hätte. Es soll an dieser Stelle nicht um eine Kritik an Regierungsbeteiligung gehen. Das wurde an anderer Stelle schon zu Genüge getan.¹ Für die Linksjugend ist es wichtig, sich nicht den Versprechen des Reformismus hinzugeben. Die Berliner [’solid] hat sich gegen eine Regierungsbeteiligung ausgesprochen (Bravo!). Doch dem müssen Taten folgen: Die Berliner [’solid] muss rote Linien formulieren, anhand derer die Partei aus der potentiellen Regierung gehen muss (sollte sie an Regierungsbeteiligung festhalten) mit der Konsequenz einer Loslösung von der Partei. Diese müssen die Umsetzung von Deutsche-Wohnen-Enteignen, ein Ende der Repression gegen die Palästinasolidarität, ein Ende aller Abschiebungen und Zwangsräumungen und ein Ende der Kürzungspolitik umfassen. Gleichzeitig muss die Solid Druck hinter ihre Absage an die Regierungsbeteiligung aufbauen, indem sie den Kampf darum offen führt und Genoss:innen in der PdL um sich sammelt, um eine linke Plattform aufzubauen.

„Rebellisches Regieren“ ist eine reformistische Farce, an deren Ende Mitverwaltung des Elends und Demobilisierung der Arbeiter:innen stehen. Und für die Solid bedeutet das, die eigene Mitgliedschaft zu Demoralisierung und falsche Hoffnungen in das bestehende System zu setzen.

d) Aufbau eines einheitlichen, revolutionären Programms!

Ein Teil der Linken in der Solid hat sich zu dem sogenannten Bautzner Appell² zusammengeschlossen. Ihr Ziel: die Etablierung eines einheitlichen Programms und Demokratisierung der Strukturen. Wir möchten an dieser Stelle nochmal unsere klare Unterstützung für dieses Vorhaben aussprechen! Es ist notwendig, die Debatte, die sich insbesondere über die Palästinasolidarität und die Ablehnung des Zionismus vertieft hat, auf programmatische Einheit auszuweiten. Wir müssen gemeinsam Methodik des Programms und die Notwendigkeit des demokratischen Zentralismus als demokratischste und gleichzeitig effektivste Form des Organisationslebens diskutieren.

Da wir mit Gegenwind der Partei- und Verbandsrechten rechnen müssen, können wir nicht warten, bis sie Presse und Apparat auf uns hetzen. Wir müssen den Appell nutzen, um eine linke Plattform (bzw. eine revolutionäre Fraktion!) in der Solid zu schaffen, die offen für ein revolutionäres Programm kämpft und revolutionäre Praxis schon jetzt etabliert! Eine solche Plattform muss das Ziel haben, die Solid vom Reformismus (und damit auch von der PdL an sich) zu brechen und den Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation sowie einer revolutionären Partei voranzutreiben!

1

<https://arbeiterinnenmacht.de/2025/10/10/doch-nicht-regieren-ist-die-loesung/>

2 <https://onesolutionrevolution.de/unser-senf-zum-bautzner-appell/>